

INFORMATIONEN ÜBER DAS DATENMANAGEMENT IM ZUSAMMENHANG MIT DER MELDUNG VON MISSBRÄUCHEN

1. WER VERARBEITET IHRE DATEN?

Deutsche Schule Budapest

Sitz: 1121 Budapest, Cinege út 8/c.

Vertreten durch: Frau Carolin Schmidt, Schulleiterin

Erreichbarkeit: sekretariat@deutscheschule.hu

Name des Datenschutzbeauftragten: dr. Áron Antal Hegyi

Erreichbarkeit: central@primantis.hu

(im weiteren „Schule“)

und

Stiftung der Deutschen Schule Budapest

Sitz: 1121 Budapest, Cinege út 8/c.

Vertreten durch: dr. Norbert Langen, Vorsitzender des Stiftungsrats

Erreichbarkeit: kuratorium@deutscheschule.hu

(im weiteren „Stiftung“)

als gemeinsame Datenverarbeiter (zusammen „Verarbeiter“).

Wenn Sie Ihre Rechte wahrnehmen oder einen Antrag stellen möchten, wenden Sie sich bitte an die Mitarbeiter der Stiftung unter der folgenden E-Mail-Adresse: beauftragte@deutscheschule.hu

2. ZU WELCHEM ZWECK VERARBEITEN WIR IHRE DATEN?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten, wenn Sie eine Meldung an die „Meldestelle“ als das Missbrauchsmeldesystem gemacht haben oder wenn Ihr Verhalten oder Ihre Unterlassung Anlass zu einer Meldung durch eine andere Person gegeben hat. Darüber hinaus können wir Ihre Daten verarbeiten, wenn Sie über wesentliche Informationen über den Gegenstand einer von einer anderen Person erstatteten Meldung verfügen.

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten, um Ihre Meldung an das Missbrauchsmeldesystem zu bearbeiten, d. h. um Sie als den Meldenden zu identifizieren und um während der Untersuchung der Meldung mit Ihnen in Kontakt zu bleiben und Sie über das Ergebnis der Meldung zu informieren.

Es ist denkbar, dass wir Ihre personenbezogenen Daten auch dann in der in diesem Datenschutzhinweis beschriebenen Weise verarbeiten, wenn Sie uns die Daten nicht persönlich zur Verfügung gestellt haben. In diesem Fall ist die Quelle der Daten die Person, die die Meldung gemacht hat, oder die Person, die wesentliche Informationen über den Gegenstand der Meldung haben könnte.

3. WELCHE DATEN VERARBEITEN WIR ÜBER SIE ?

Wir werden sicherstellen, dass wir nur personenbezogene Daten verarbeiten, die für die Untersuchung der Meldung unbedingt erforderlich sind.

Dazu gehört die Verarbeitung personenbezogener Daten, die erforderlich sind, um Sie zu **identifizieren**: in der Regel Ihr Name und Ihre Berufsbezeichnung.

Wir verarbeiten personenbezogene **Daten, die erforderlich** sind, um mit Ihnen **in Kontakt zu treten**: in der Regel Ihre E-Mail- oder Postanschrift und Ihre Telefonnummer.

Darüber hinaus verarbeiten wir die personenbezogenen **Daten, die den Gegenstand der Meldung bilden**, d. h. alle Informationen, die in der Meldung enthalten sind. Wenn Sie Ihre Meldung mündlich abgeben, bemühen wir uns, nur die personenbezogenen Daten zu erfassen, die für die Untersuchung der Meldung unbedingt erforderlich sind.

Wenn Sie eine Meldung per Telefonanruf machen, wird die **Tonaufnahme** von den für die Verarbeitung Verantwortlichen aufgezeichnet und für den unter Punkt 5 genannten Zeitraum aufbewahrt.

Wenn Sie Ihre personenbezogenen Daten nicht zur Verfügung stellen und die Daten unbedingt erforderlich sind, um die Meldung zu untersuchen, Sie zu identifizieren oder mit Ihnen Kontakt aufzunehmen, kann die Nichtbereitstellung der personenbezogenen Daten die Untersuchung der Meldung verhindern.

4. WAS IST DIE ERMÄCHTIGUNGSGRUNDLAGE FÜR DIE VERARBEITUNG?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), d. h. für die Zwecke der Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen der für die Verarbeitung Verantwortlichen und den Vorschriften für den Betrieb des Missbrauchsmeldesystems gemäß § 26 des Beschwerdegengesetzes (Gesetzes XXV. aus dem Jahr 2023 über Beschwerden, Meldungen von öffentlichem Interesse und Vorschriften über die Meldung von Missbrauch).

Wenn Sie die genannte Telefonnummer nutzen, um eine Meldung zu machen, werden wir Ihre Mitteilung auf der Grundlage Ihrer Einwilligung gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a der DSGVO aufzeichnen und verarbeiten.

5. WIE LANGE SPEICHERN WIR IHRE DATEN?

Wir werden Ihre personenbezogenen Daten auf der unter Punkt 4 genannten Rechtsgrundlage bis zum Abschluss der Untersuchung der Meldung verarbeiten. Wenn die Aufbewahrung der Daten für einen anderen Zweck nicht mehr gerechtfertigt ist, werden die personenbezogenen Daten nach Abschluss der Untersuchung gelöscht.

Wenn Sie eine Beschwerde über die genannte Telefonnummer einreichen, bewahren wir die Tonaufzeichnung bis zu dem Zeitpunkt auf, bis Sie ein schriftliches Protokoll der Aufzeichnung unterzeichnen oder es genehmigen oder gegen seinen Inhalt Einspruch erheben, jedoch nicht später als 3 Monate nach der Aufzeichnung. Danach wird die Tonaufnahme unwiederbringlich gelöscht. Darüber hinaus wird die Aufzeichnung unverzüglich gelöscht, wenn Sie Ihre Einwilligung in die Verarbeitung widerrufen. In einem solchen Fall sind wir möglicherweise nicht in der Lage, die über die genannte Telefonnummer gemachte Meldung zu untersuchen, und Sie müssen möglicherweise einen anderen Weg für Ihre Meldung wählen.

Wenn die für die Verarbeitung Verantwortlichen der Ansicht sind, dass es nach der Durchführung der Untersuchung gerechtfertigt ist, die Dokumente (mit Ausnahme der im vorigen Absatz genannten Tonaufzeichnung) und damit die darin enthaltenen personenbezogenen Daten aufzubewahren, damit die für die Verarbeitung Verantwortlichen ihre Auffassung im Falle eines Gerichtsverfahrens mit Dokumenten stützen können, speichern für die Verarbeitung Verantwortlichen die personenbezogenen Daten bis fünf Jahre nach der Untersuchung (zivilrechtliche Verjährungsfrist) gemäß Artikel 6 der DSGVO. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der Datenschutz-Grundverordnung, d. h. auf der Grundlage eines berechtigten Interesses. In diesem Zusammenhang achten die Verantwortlichen besonders darauf, dass sie nur personenbezogene Daten weiterverarbeiten, die zur Unterstützung ihrer eigenen Position erforderlich sind; und daher verarbeiten wir Ihre Kontaktdaten auch auf dieser zusätzlichen Rechtsgrundlage nicht weiter.

6. WEM LEITEN WIR IHRE PERSÖNLICHEN DATEN WEITER?

Das interne Missbrauchsmeldesystem wird so betrieben, dass die personenbezogenen Daten des Hinweisgebers, der seine Identität offenlegt, und der betroffenen Person nur den befugten Personen bekannt gegeben werden können. Die Personen, die die Meldung bearbeiten, werden bis zum Abschluss der Untersuchung oder bis zur Einleitung einer förmlichen Rechtsverfolgung als Ergebnis der Untersuchung Informationen über den Inhalt der Meldung und die von der Meldung betroffene Person – über die betroffene Person hinaus – an andere Abteilungen oder Mitarbeiter der für die Datenverarbeitung Verantwortlichen nur weitergeben, soweit dies für die Durchführung der Untersuchung unbedingt erforderlich ist.

Die für die Datenverarbeitung Verantwortlichen tauschen personenbezogene Daten

untereinander aus, insoweit das Meldesystem für die Schule von einem Mitarbeiter der Stiftung verwaltet wird.

Wenn Sie Ihre Meldung über die genannte Telefonnummer machen, verwenden die für die Verarbeitung Verantwortlichen die Anwendung Microsoft Teams, um die Sprachaufzeichnung aufzuzeichnen, die über eine Anwendung erfolgt, für hier ein ausführlicher Datenschutzhinweis verfügbar ist:

<https://learn.microsoft.com/en-us/microsoftteams/teams-privacy>

Die für die Verarbeitung Verantwortlichen übermitteln über die oben genannten Angaben hinaus keine Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation außerhalb der Europäischen Union oder der Vertragsstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums. Solche Übermittlungen von Daten, die im Rahmen des internen Missbrauchsmeldesystems verarbeitet werden, dürfen nur in Ausnahmefällen erfolgen, sofern sich der Empfänger der Übermittlung rechtlich verpflichtet, die Bestimmungen des Beschwerdeggesetzes einzuhalten und die Bestimmungen über den Schutz personenbezogener Daten zu beachten.

Stellt sich heraus, dass der Hinweisgeber falsche Daten oder Informationen in böser Absicht mitgeteilt hat und

- (a) Umstände vorliegen, die darauf hindeuten, dass eine Straftat oder Unregelmäßigkeit begangen wurde, werden seine personenbezogenen Daten an die für den Fall zuständige Behörde oder Person weitergegeben,
- (b) begründeter Anlass zu der Annahme besteht, dass er einer anderen Person einen rechtswidrigen Schaden zugefügt hat, so sind seine personenbezogenen Daten auf Ersuchen an die zur Einleitung oder Durchführung des Verfahrens berechnigte Behörde oder Person zu übermitteln.

7. WELCHE RECHTE HABEN SIE IN BEZUG AUF DIE VERARBEITUNG IHRER PERSONENBEZOGENEN DATEN?

Auskunftsrecht: Sie können von den für die Verarbeitung Verantwortlichen Auskunft darüber verlangen, zu welchem Zweck und auf welche Weise Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, an wen sie weitergegeben werden können, und eine Kopie der bei den für die Verarbeitung Verantwortlichen vorhandenen Daten anfordern. Wir werden diesen Anträgen – bei der ersten Anfrage pro Datum – kostenlos nachkommen

Bitte beachten Sie, dass bei der Ausübung des Informations- und Auskunftsrechts nach dem Beschwerdeggesetz die personenbezogenen Daten des Hinweisgebers als betroffene Person nicht an andere Personen weitergegeben werden dürfen, die Informationen anfordern.

Recht auf Berichtigung: Als betroffene Person haben Sie das Recht, auf Antrag unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen. Es liegt im Interesse der für die Verarbeitung Verantwortlichen, dass Ihre personenbezogenen Daten korrekt und auf dem neuesten Stand sind. Bitte teilen Sie den für die Verarbeitung Verantwortlichen daher unverzüglich mit, wenn sich Ihre Daten ändern oder wenn sie ungenau oder falsch sind.

Recht auf Löschung: Sie haben das Recht, jederzeit die Löschung der Tonaufzeichnung des über die genannte Telefonnummer geführten Gesprächs zu verlangen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung vor dem Widerruf berührt wird. Darüber hinaus können Sie von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen die Löschung der verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen, wenn die personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben oder anderweitig verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind, wenn Sie Ihre Einwilligung widerrufen haben und es keine andere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung gibt, wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben und es keinen vorrangigen berechtigten Grund für die Verarbeitung gibt, oder wenn Sie der Ansicht sind, dass die personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, oder wenn die personenbezogenen Daten gelöscht werden müssen, um einer rechtlichen Verpflichtung nach dem für den für die Verarbeitung Verantwortlichen geltenden Recht der EU oder ihrer Mitgliedstaaten nachzukommen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung: Sie können die Einschränkung der Verarbeitung verlangen, wenn Sie die Richtigkeit der verarbeiteten personenbezogenen Daten bestreiten (in diesem Fall gilt die Einschränkung für den Zeitraum, der erforderlich ist, damit die für die Verarbeitung Verantwortlichen die Richtigkeit der personenbezogenen Daten überprüfen können); wenn Sie der Ansicht sind, dass die personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, aber deren Löschung ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Verwendung der Daten verlangen; wenn Sie der Ansicht sind, dass die personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben oder anderweitig verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind, Sie sie aber zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen; oder wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben (in diesem Fall gilt die Einschränkung für einen bestimmten Zeitraum, bis festgestellt ist, ob die berechtigten Gründe der für die Verarbeitung Verantwortlichen die berechtigten Gründe der betroffenen Person überwiegen). Im Falle einer Einschränkung der Verarbeitung dürfen personenbezogene Daten mit Ausnahme der Speicherung nur mit Einwilligung der betroffenen Person oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder zur Wahrung wichtiger öffentlicher Interessen der Europäischen Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Widerspruchsrecht: Sie können aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung auf der Grundlage der berechtigten Interessen der für die Verarbeitung Verantwortlichen Widerspruch einlegen. Im Falle eines

Widerspruchs dürfen die für die Verarbeitung Verantwortlichen die personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, die Verarbeiter können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die gegenüber den Interessen, Rechten und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde: Ist die betroffene Person der Ansicht, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Datenschutz-Grundverordnung bzw. oder das geltende Datenschutzrecht verstößt, kann sie eine Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einreichen, die in dem Mitgliedstaat ihres gewöhnlichen Aufenthalts, ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes zuständig ist, in Ungarn bei der Nationalen Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit (Nemzeti Adatvédelmi és Információszabadság Hatóság).

Erreichbarkeit der Nationalen Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit:

- Postanschrift: 1363 Budapest, Pf. 9.
- Adresse: 1055 Budapest, Falk Miksa utca 9-11.
- Telefon: +36 (1) 391-1400
- Fax: +36 (1) 391-1410
- e-mail: ugyfelszolgalat@naih.hu
- web: www.naih.hu

Unbeschadet des datenschutzrechtlichen Beschwerderechts kann die betroffene Person auch gerichtlich gegen die unrechtmäßige Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten oder die Verletzung ihrer Rechte auf informationelle Selbstbestimmung vorgehen. In Ungarn kann der Rechtsweg vor dem zuständigen Gericht des Wohnsitzes oder des Sitzes der betroffenen Person oder, aufgrund des Sitzes der für die Verarbeitung Verantwortlichen, vor dem Hauptstädtischen Gericht (Sitz: 1055 Budapest, Markó utca 27; Postanschrift: 1363 Budapest, Pf. 16) beschritten werden.

Die Ausübung der Rechte der betroffenen Personen oder die Anforderung von Informationen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Verarbeitung kann durch Kontaktaufnahme mit der Stiftung über die in **Punkt 1 angegebenen Kontaktdaten** erfolgen, d.h. die Umsetzung der geltend gemachten Rechte der betroffenen Personen wird von einem Mitarbeiter der Stiftung sichergestellt.

Dieser Hinweis kann von den für die Verarbeitung Verantwortlichen jederzeit einseitig geändert werden, wenn sich die Umstände der Verarbeitung ändern.

Die Deutsche Schule Budapest und die Stiftung der Deutschen Schule Budapest
gemeinsame Datenverarbeiter